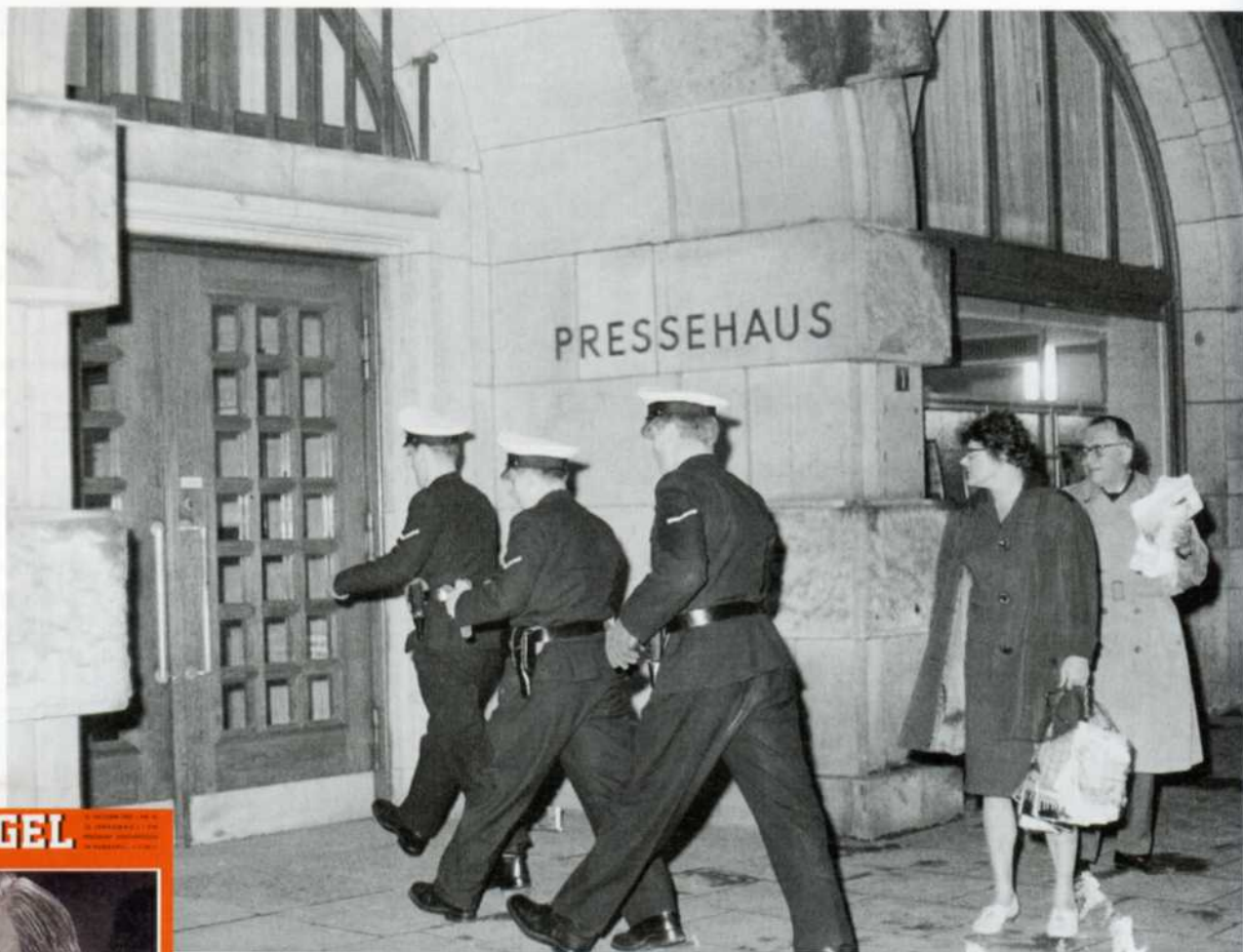


In der Nr. 41 des Jahres 1962 (unten das Cover mit Generalinspekteur Foertsch) erschien der Beitrag, der die „Spiegel“-Affäre auslöste. Rechts: Polizisten besetzen am 26. Oktober das Pressehaus in Hamburg.



„...ein Abgrund von Landesverrat!“

Im November 1962 erlebte die Bundesrepublik ihren bis dahin größten politischen Skandal: Unter dem Vorwurf des Landesverrats waren Beamte des Bundeskriminalamts gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vorgegangen. In die Aktion verwickelt: Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, die „Spiegel“-Affäre wurde zur Regierungskrise.

Freitag abend, 26. Oktober 1962, gegen 21 Uhr: Polizisten der „Sicherungsgruppe Bonn“ des Bundeskriminalamts sind in ungewöhnlicher Mission unterwegs. Sie sollen Journalisten des Magazins „Der Spiegel“ festnehmen, in deren Büros nach schriftlichen Beweisstücken fahnden und diese sicherstellen. Der Einsatzbefehl kommt von der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe. Demzufolge werden fünf Redakteure und Rudolf Augstein, der Herausgeber des Magazins, verdächtigt, durch einen Artikel in der Ausgabe vom 10. Oktober 1962 militärische Geheimnisse der Bundeswehr preisgegeben und damit Landesverrat begangen

zu haben. Zudem soll der „Spiegel“, um an die geheimen Informationen zu kommen, hohe Offiziere bestochen haben.

Die Nacht-und-Nebel-Aktion in der Hamburger Zentrale des Magazins verläuft nicht eben reibungslos. Die acht Mann der Sicherungsgruppe haben nicht bedacht, daß am Freitag abend die Schlußredaktion für das montags erscheinende Heft stattfindet. Nun sehen sie sich einer Gruppe von 60 Personen, Redakteuren und Büroangestellten, gegenüber. Da sich Chefredakteur Jacobi weigert, die Arbeitsplätze zu räumen, wird zur Verstärkung Hamburger Bereitschaftspolizei herbei-

gerufen. Erst als die „Spiegel“-Leute auf den finanziellen Verlust von etwa einer Million Mark hinweisen, den das Nicht-Erscheinen der Ausgabe nach sich ziehe, sehen die Sicherheitskräfte von einer Räumung ab. Zehn Redakteure dürfen ihre Arbeit, jeweils unter Aufsicht und Kontrolle eines Beamten, fortsetzen.

Der die Aktion leitende Staatsanwalt Siegfried Buback (1977 von der Roten Armee Fraktion ermordet) möchte weiteren Fällen von Landesverrat vorbeugen: Er läßt sich die komplette neue „Spiegel“-Nummer vorlegen. Dies geschieht unter heftigem Protest der Redakteure und dem Hinweis auf die im Grundgesetz garantierte Pressefreiheit: In einem Rechtsstaat gebe es keine Zensur. Kurz nach vier Uhr morgens gibt Buback das Heft ohne Beanstandung zum Druck frei. Längst werden zu diesem Zeitpunkt alle Verbindungen nach draußen kontrolliert, die Telefonzentrale ist besetzt, selbst Besenkammern und Toiletten sind mit Amtssiegeln verklebt. Dennoch gelingt es einem anwesenden Fotografen, die Besetzung der Redaktion im Bild festzuhalten und die Filmrolle verschwinden zu lassen. Eine Schreibkraft befördert sie später in ihrem Büstenhalter nach draußen.

Auch wenn einige Redakteure festgenommen werden, der große Schlag gegen den „Spiegel“ stellt sich eher als Fehlschlag heraus. Denn die Hauptverdächtigen, Herausgeber Rudolf Augstein und Conrad Ahlers, der Autor des „landesverräterischen“ Artikels, sind gar nicht anwesend. Mit Freunden trinkt Augstein zur selben Zeit eine Flasche 59er Mosel, Ahlers befindet sich mit seiner Frau auf einer Urlaubsreise im spanischen Málaga.

Dies ist das Szenario, das für die Bundesrepublik zu einer Standortbestimmung ihrer demokratischen Entwicklung führen sollte. Es gab Fehleinschätzungen, Gerüchte und Spekulationen auf verschiedenen Ebenen (etwa der Staatssekretäre) – zum Beispiel, daß das amerikanische Verteidigungsministerium über den „Spiegel“-Artikel entsetzt sei oder daß Rudolf Augstein sich nach Kuba absetzen wolle. So wurde binnen Tagen eine Lawine in Gang gesetzt, die sich zu einem nicht mehr kontrollierbaren Skandal auswuchs. Und die Antwort der Politik? Personalisierung: Köpfe mußten rollen, Schuldige benannt werden, Staatssekretäre und Minister ihren Hut nehmen. Dagegen erweist sich der eigentliche Anlaß, der inkriminierte Artikel, im nachhinein als geradezu nichtig. Bei genauer Prüfung kann in allen 41 fraglichen Punkten vom Tatbestand des „Landesverrats“ nicht die Rede sein.

Als Rudolf Augstein ihn zum erstenmal las, empfand er die Lektüre als eher mühselig. Es handelte sich um eine detailreiche verteidigungspolitische Analyse der soeben

beendeten Nato-Übung „Fallex 62“, des ersten Manövers, dem die Annahme zugrunde lag, daß der dritte Weltkrieg mit einem Großangriff auf die Bundesrepublik beginnen würde. Dabei zeigte sich, daß die deutschen Vorbereitungen für den Verteidigungsfall völlig unzureichend waren. Nach fast sieben Jahren der Wiederbewaffnung bekam die Bundeswehr noch immer die niedrigste Nato-Note: „Zur Abwehr bedingt geeignet“. Als Fazit der Übung „Fallex 62“ stellte der Spiegel fest: „Mit Raketen anstelle von Brigaden, mit Atom-Granatwerfern anstelle von Soldaten ist eine Vorwärtsverteidigung der Bundeswehr nicht möglich, eine wirksame Abschreckung bleibt fraglich.“

Gerade in seiner nüchternen Bestandsaufnahme war der „Spiegel“-Artikel eine schallende Ohrfeige für Verteidigungsminister Franz Josef Strauß. Seit seiner Ernennung 1956 hatte dieser sich immer wieder energisch für das Konzept der „massiven Abschreckung“ und für eine Bewaffnung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen eingesetzt. Ebenso dafür, daß die NATO „als sicher erkannten“ sowjetischen Angriffsabsichten mit einem vorbeugenden Schlag („preemptive strike“) zuvorkäme. Fast schon besessen hatte Strauß den Aufbau der Bundeswehr unter dieser Zielstellung vorangetrieben. Dazu gehörte die Ausrüstung mit modernster Waffentechnik wie dem „Starfighter“, der, zum Allwetter-Jagdbomber umgerüstet, auch als Trägerflugzeug für taktische Atomsprengköpfe dienen sollte. Entsprechend lautstark forderte der Verteidigungsminister die Ausrüstung der Armee mit Atomwaffen aus den Arsenalen der Amerikaner: „Eine Atombombe ist so viel wert wie eine



Franz Josef Strauß in der Kanzel des ersten in der Bundesrepublik hergestellten „Starfighter“ am 16. Januar 1961. Die Berichte des „Spiegel“ über die Absturzserie dieses Flugzeugtyps näherten den Dauerstreit zwischen Magazin und Minister.

Brigade und außerdem viel billiger. Wir können uns keine Einschränkung unseres Lebensstandards erlauben. Wir wollen auch nicht auf unseren Raketenanspruch verzichten.“

An diesem Konzept hielt Strauß selbst dann noch fest, als die US-Regierung unter Kennedy 1961 zur Verteidigungskonzeption der flexiblen Reaktion („flexible response“) übergegangen war. Die neue US-Strategie zielte darauf ab, im Konfliktfall den Einsatz von Atomwaffen möglichst lange aufzuschieben, um Zeit für Verhandlungen zu gewinnen. Wie das Fallex-Manöver zeigte, war die Bundeswehr, die die konventionelle Rüstung vernachlässigt hatte, darauf nicht vorbereitet. Von einer „Qualitätsarmee“, wie sie Franz Josef Strauß der Öffentlichkeit bereits 1957 vollmundig versprochen hatte, konnte nicht die Rede sein.

letzt noch durch zwei Affären, in denen dem Verteidigungsminister Vetterwirtschaft vorgeworfen wurde. Nicht von ungefähr galt kritischen Teilen der westdeutschen Öffentlichkeit in den frühen 1960er Jahren der „Spiegel“ als die einzige funktionierende Opposition im Land.

Um so heftiger war die Entrüstung, als die Besetzung der Hamburger Redaktionsräume in der geschilderten Manier bekannt wurde. Erstmals in der Nachkriegszeit gingen zu Tausenden Studenten auf die Straße. Die einen hatten sich den Mund mit Heftpflaster verklebt, andere trugen Transparente „Sie schlagen den ‚Spiegel‘ und meinen die Demo-

Die Nr. 45 des „Spiegel“ (unten mit Rudolf Augstein auf dem Cover) war 1962 fast vollständig der Berichterstattung in eigener Sache gewidmet. Rechts: Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß während der „Spiegel“-Debatte im Bundestag, darunter eine Karikatur aus dem „Industriekurier“.



Deutsches Historisches Museum Berlin



Interfoto

Nicht einmal die parlamentarische Opposition kritisierte die offizielle Verteidigungspolitik so fundiert wie der „Spiegel“. Und wann immer etwas von Pleiten, Pech und Pannen der noch im Aufbau befindlichen Armee an die Öffentlichkeit drang, basierte es regelmäßig auf „Spiegel“-Enthüllungen. Ob es um die Hintergründe von „Starfighter“-Abstürzen, um Rüstungsskandale (Schützenpanzer HS 30) oder Mißstände in der Truppe ging, stets zeigte sich das Nachrichtenmagazin bestens informiert. Über die Jahre hin hatte sich zudem eine Privatfehde zwischen dem „Spiegel“ und dem Verteidigungsminister entwickelt. Franz Josef Strauß als Prototyp des machtbesessenen Politikers, der bei der Verfolgung seiner Ziele die Grenzen rechtsstaatlichen Handelns jederzeit zu überschreiten fähig war, dieser Eindruck war – unabhängig davon, ob er berechtigt war oder nicht – durch „Spiegel“-Berichte immer wieder genährt worden, zu-



Industriekurier, 1962

kratier!“ Schriftsteller der „Gruppe 47“ schlossen sich an, Professoren verfaßten Protestnoten, und die „Frankfurter Rundschau“ schrieb: „Wenn um Mitternacht jemand an unsere Tür schlägt, wissen wir nicht mehr genau, daß es sich schlimmstenfalls um einen Telegrammboten oder einen betrunkenen Weggenossen handeln kann, der sich in der Tür geirrt hat. Wir müssen damit rechnen, daß es

die politische Polizei ist, die bei Nacht und Nebel nach Landesverrätern sucht.“

Dabei waren die Hintergründe des Skandals zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht einmal publik geworden. Wie konnte es geschehen, daß Conrad Ahlers in Málaga verhaftet wurde? Am 7., 8. und 9. November 1962 kam es darüber im Bundestag zu erregten Debatten. Der SPD-Abgeordnete Fritz Erler formulierte damals die entscheidende Frage: „Wer hat auf wessen Weisung in welcher dienstlichen Zuständigkeit auf welcher Rechtsgrundlage und auf welche Weise erstmalig und damit entscheidend von den spanischen Behörden die Festnahme des deutschen Staatsbürgers Ahlers erbeten?“ Verteidigungsminister Franz Josef Strauß erklärte daraufhin nur lakonisch: „Ich habe mit der Sache nichts zu tun. Im wahrsten Sinne des Wortes nichts zu tun!“

Erregt trat Konrad Adenauer ans Rednerpult und sprang seinem Minister bei, indem er auf den „Abgrund von Landesverrat“ abhob, der sich hier aufgetan habe: „Wenn von einem Blatt, das in einer Auflage von 500000 Exemplaren erscheint, systematisch, um Geld zu verdienen, Landesverrat getrieben wird ... das finde ich einfach gemein. Gott, was ist mir schließlich dieser Augstein. Der Mann verdient Geld auf seine Weise. Es gibt Kreise, die ihm dabei geholfen haben, indem sie den ‚Spiegel‘ abonniert haben. Die Leute stehen nicht sehr hoch in meiner Achtung, die ihm soviel Annoncen gegeben haben.“ Der große alte Kanzler wirkte wie ein beleidigtes Kind. So viel an Autorität wie in diesen Minuten sollte er nicht noch einmal verlieren.

Unterdessen wurde offenbar, wie die Maschinerie zur Besetzung der „Spiegel“-Redaktion funktioniert hatte. Es war eine „konzertierte Aktion“ zwischen den Staatssekretären Waldemar Hopf (Verteidigung) und Walter Strauß (Justiz, nicht verwandt mit Franz Josef Strauß) gewesen, ohne daß letzterer seinen Dienstherrn, den Justizminister Wolfgang Stammberger (FDP), davon in Kenntnis gesetzt hätte. Und bald stellte sich heraus, daß es Franz Josef Strauß selbst gewesen war, der durch einen Anruf beim deutschen Militärattaché in Madrid die Verhaftung von Conrad Ahlers mit eingeleitet hatte.

Dies wollte und konnte sich die FDP nicht bieten lassen. Man empfand es als ungeheuerlich, von einem Mitglied der Regierung aus dem Lager des Koalitionspartners hintergangen worden zu sein. Zudem gründete das Selbstverständnis der FDP wie das keiner anderen Partei auf Werten wie Freiheitlichkeit und Rechtsstaatlichkeit – und diese waren soeben mit Füßen getreten worden.

Die Entlassung der „schuldigen“ Staatssekretäre reichte jetzt nicht mehr aus.

Der Parteivorstand der FDP entschied, mit Franz Josef Strauß auf keinen Fall mehr zusammenzuarbeiten. Fünf FDP-Minister erklärten geschlossen ihren Rücktritt. Damit war die Regierung Adenauer handlungsunfähig, aus der „Spiegel“-Affäre die ernsteste Regierungskrise seit Bestehen der Bundesrepublik geworden. Erst jetzt erklärte sich Strauß zum Rücktritt bereit, um eine Neubildung des Kabinetts zu ermöglichen.

Der renommierte Tübinger Politologe Theodor Eschenburg (siehe DAMALS 4-1999) zog das



Fazit aus dieser Affäre: „Wenn in einem parlamentarisch regierten Staat ein Minister dem Parlament auf dessen Frage keine, falsche, höchst unvollständige oder schuldhaft verspätete Antworten gibt, weil er die Verantwortung scheut, dann ist dies ein schweres Vergehen gegen die parlamentarische Ordnung – ein Vergehen, das exemplarisch geahndet werden muß.“

Für die Entwicklung der Bundesrepublik war die „Spiegel“-Affäre ein Gradmesser für den Fortschritt des Demokratisierungsprozesses im Land. Noch im November 1962 legte das Allensbacher Institut für Demoskopie Frankfurter Bürgern Fragen dazu vor. Danach waren 44 Prozent der Bürger der Meinung, bei Verdacht auf Landesverrat bräuchten es die Behörden mit der Rechtsstaatlichkeit nicht so genau zu nehmen; nur 26 Prozent sprachen sich energisch gegen Einschnitte in der Pressefreiheit aus. Fortan gab es auch eine kritische Öffentlichkeit, die sich Stimme und Gehör zu verschaffen wußte. Die Tage der Ära Adenauer, sie waren schon im November 1962 endgültig gezählt.

Mit Blumen und Transparenten wurde „Spiegel“-Chefredakteur Claus Jacobi nach der Haftentlassung am 13. November 1962 auf dem Hamburger Hauptbahnhof empfangen.

Dr. Dirk Schindelbeck